Konzerne

Harte Zeiten für Daimler-Manager

So hatte wohl noch keiner mit ihnen geredet. Die Spitzenmanager des Daimler-Benz-Konzerns waren erkennbar schockiert vom ersten Auftritt des neuen Chefs, Jürgen Schrempp, 50, Mitte Juni. Als „bullshit castle“ hatte der Vorstandsvorsitzende die Zentrale in Stuttgart mit insgesamt 3400 Beschäftigten einige Zeit vor seinem Amtsantritt bezeichnet. Jetzt lieferte er die Begründung nach. Es könne nicht sein, sagte Schrempp den Führungskräften, daß die Töchter Mercedes-Benz, AEG, Dasa und Debis in den vergangenen vier Jahren „annähernd 80 000 Stellen“ einsparen mußten, die Zentrale aber immer fülliger werde. Schrempp will deshalb weit über das bislang bekannte Ausmaß hinaus Stellen abbauen. Rund 200 Daimler-Manager werden schon bald ihren Job verlieren. Zudem werden aus den Bereichen Recht, Dokumentation, Finanz- und Steuerwesen Abteilungen (mit insgesamt 700 Beschäftigten), die künftig als eigene Profit Center geführt werden. Sie müssen ihre Dienste den Konzerntöchtern anbieten und können ihre Arbeitsplätze nur sichern, wenn sie zumindest ohne Verlust arbeiten.

ACTION PRESS

Schrempp

Die Daimler-Töchter sollen auch Fremdfirmen beauftragen können, wenn diese billiger oder besser als die Profit Center der Zentrale arbeiten. Die Konzernmanager müßten sich dem Wettbewerb stellen, fordert Schrempp, und dann „gewinnen oder mit Anstand verlieren“.

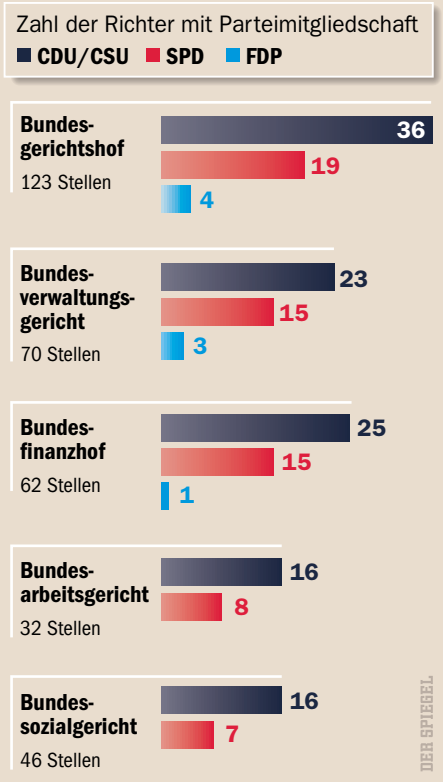
Einige hundert Führungskräfte werden wohl verlieren und sich dann ebenfalls neue Stellen suchen müssen. Es könne doch nicht sein, sagte Schrempp den irritierten Managern, daß Facharbeiter, Ingenieure und Verkäufer sich ständig auf dem Markt behaupten müssen und „die Leute der Zentrale als Zuschauer auf den Rängen des Wettkampfstadions sitzen“.

Justiz

Richter mit Parteibuch

In Karlsruhe fehlen Richter. Die Vorsitzenden der beiden wichtigsten Senate des Bundesgerichtshofes (BGH) sind in Pension gegangen. So gibt es Vakanzen: im politischen Strafsenat seit 1. Mai, im für Presserecht und Datenschutz zuständigen VI. Zivilsenat seit 1. Juni.

Zwar hatte BGH-Präsident Walter Odersky seine Personalvorschläge fristgerecht nach Bonn gereicht. Aber nun schmoren die Empfehlungen im Kabinett. Die Entscheidung verzögert sich, weil Kanzler Helmut Kohl darauf besteht, daß konservative Nachfolger gefunden werden. Für den politischen Strafsenat hatte Odersky einen Sozialdemokraten vorgeschlagen: Heinrich Maul, einen der angesehensten BGH-Richter. Kohl verweigerte die Ernennung. Die Union verweist auf eine angeblich „einmalige Selbstbedienung“ der SPD bei der Besetzung von Oberrichterposten im März – zu Unrecht. Seit kurzem kursiert im Richterwahlausschuß eine Liste, die zeigt, welche Partei in den obersten Gerichtshöfen die meisten Mitglieder hat: die CDU/CSU.



H. GUTMANN / FORMAT

Beschlagnahmte Zeichnung

Comics

Nonne vor Gericht

Eine unfromme Zeichnung des französischen Cartoonisten Maester beschäftigt die Juristen mehrerer Gerichtsinstanzen. Monatelang hatte das Bild von der vollbusigen Nonne, die einer Christusfigur hinter den Lendenschurz guckt, unbeanstandet im Schaufenster einer Kölner Galerie gehangen – dann erstattete das Erzbistum Köln Anzeige wegen „Beschimpfung einer kirchlichen Einrichtung“. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte den Comic, das Amtsgericht aber sprach die Galeristen frei. Soviel rheinischer Freisinn ging den Staatsanwälten zuweit: Sie legten Revision ein. Im Juli muß nun das Oberlandesgericht Köln entscheiden.

Bundestag

Notizen im Tresor

Geheimniskrämerei behindert die Arbeit des Bonner Plutonium-Untersuchungsausschusses. Vergangene Woche ließ der CSU-Ausschußvorsitzende Gerhard Friedrich Akten aus den Abgeordnetenbüros herausholen und in die Geheimschutzstelle des Bundestages schaffen. In den konfiszierten Papieren sind die Abhörprotokolle aus dem Münchner Prozeß gegen drei Plutoniumschmuggler enthalten. Die Abgeordneten dürfen als „geheim“ eingestufte Dokumente nur noch in der Geheimschutzstelle lesen und müssen ihre Notizen dort im Panzerschrank zurücklassen. Die Aufzeichnungen werden nur während der Ausschußsitzung ausgehändigt. „Mit derartigen Methoden werden wir stranguliert“, klagt der SPD-Obmann des Ausschusses, Hermann Bachmaier.